

Haben wir bald zwei Nationalfeiertage?



Von H.P. | PI-NEWS hatte kürzlich berichtet, wie der rot-rot-grüne Berliner Senat als zentraler Ausrichter den „Tag der Deutschen Einheit“ schon erfolgreich entkernt, entseelt und in Richtung Multikulti trallala gelenkt hat. Nun fordern mehrere Migrantenverbände einen „Tag der deutschen Vielfalt“ (PI-NEWS berichtete heute aktuell). Ein Blick hinter die Kulissen dieses von der Bundesregierung verhätschelten migrantischen Lobbyistentums zeigt, wie Steuerzahler-Knete großzügig und kontraproduktiv verausgabt wird.

Unterzeichnet haben den Appell, wie beschrieben unter anderen die Türkische Gemeinde in Deutschland, der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat, die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland, der Verband Deutsch-Syrischer Hilfsvereine und die Iranische Gemeinde. Zusammengeschlossen im Netzwerk „Neue deutsche Organisationen“. Allen gemeinsam ist, sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus einzusetzen.

Den Verbänden missfällt, dass der deutsche Nationalfeiertag eine rein „weiße“ Angelegenheit von Deutsch-Deutschen ist. „Es wächst zusammen, was zusammengehört“, hatte Willi Brandt vor 28 Jahren prophetisch gesagt. Er konnte nicht ahnen, dass ausgerechnet eine ostdeutsche Kanzlerin 2015 Millionen von Zuwanderern erlaubte, ihren Fuß unkontrolliert in die offene Tür zu stellen, deren Interessenvertreter das „Zusammenwachsen“ ad absurdum führen wollen.

Von deutscher Bescheidenheit – sich anzupassen, sich zu integrieren und bestenfalls sich zu assimilieren – davon halten die o.a. Verbände offenbar nicht viel. Sie fordern in Art und Weise von Eroberern ungeniert eine eigene nationale Parallel-Feierlichkeit als Ausdruck ihrer absoluten Hierseins-Berechtigung.

In ihrem Ruf nach Vielfalt werden sie von einer bundesdeutschen „Administration der Einfalt“ nach Kräften bestärkt und unterstützt. Zur Gruppe der Förderer gehört die „Initiative Schwarze Menschen in Deutschland“, dem Papier nach alles Antirassisten. Zu ihren „beeindruckenden“ Aktionen z.B. gehört es, Straßenschilder mit der Aufschrift „Mohrenstraße“ mit politisch korrekten Namen auszutauschen. Dafür genießen sie als eingetragener Verein die Vergünstigungen des deutschen Vereinsrechts. Zu den fleißigen finanziellen Unterstützern gehört die Bundeszentrale für politische Bildung.

Oder sie warnen in Pressemitteilungen, „dass Sachsen nicht mehr vom Rassismus regiert werden darf“ sowie die „sofortige Entwaffnung aller Neonazis“. Es ist von „rechtsradikalen Pogromen“ in Chemnitz die Rede „Wutbürger“ müssen sich schon mal warm anziehen. Denn gemeinsam mit den „Neuen Deutschen Organisationen“ wird gefordert, dass es „Integrationsmaßnahmen für ‚Wutbürger‘ geben muss, damit diese den Weg in die postmigrantische Gesellschaft finden“.

Die Türkische Gemeinde in Deutschland vertritt 60.000 Mitglieder bei insgesamt 3,5 Mio. Deutsch-Türken. Ihrer Forderung nach „Vielfalt“ und „Antirassismus“ hätte sie bei der Einweihung der Kölner Moschee hinreichend Ausdruck verleihen können. Es blieb bei zaghafter Kritik am „Präsidenten“ Erdogan, der den Islamtempel wie eine exterritoriale Gebetsstätte unter weitgehendem Ausschluss „Andersdenkender“ einweihte. Hartleibiger mit Rassismus-Kritik ist die TGD allerdings gegen Deutschland. In der Özil-Debatte sprang sie verständnisvoll dem millionenschweren in England verpflichteten deutsch-türkischen Fußballspieler zur

Seite. Für ihren Kampf gegen Rassismus und für „Demokratie und Vielfalt“ in Deutschland bezog die TDG in 2017 die hübsche Summe von 300.000 Euro. Das Folgejahr ist noch nicht angerechnet. Quelle: Kleine Anfrage „Förderung der Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten“, hier auf Seite 11.

Manchen „antirassistischen“ Kämpfern im migrantischen Gewande kommt man nur durch Recherche auf die Spur. Im TE-Bericht über den Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat heißt es u.a.:

Was so amtlich und kompetent klingt ist nichts anderes als ein Zusammenschluss von einigen Ausländervereinen und -Beauftragten. Eine Lobby also, ohne großes Mandat und Rückhalt – außer dem, dass man weiß, wie man Staatsknete abgreift.

Fazit: Die Bundesregierung unterstützt finanziell und ideell ein zunehmend ausuferndes und sich verselbständigendes migrantisches Lobbyisten-Netzwerk. Es lebt sich offensichtlich prächtig mit dem Staatsauftrag, aus Steuerzahlermitteln u.a. Rechtsradikale und Rassismus zu bekämpfen. Diese Verbände legen nun eins drauf und wollen für ihre Klientel quasi einen eigenen Nationalfeiertag. Der „Tag der Deutschen Einheit“ würde dadurch ausgehöhlt. Es kann aber nur einen geben. So schafft Deutschland sich ab.